

einem mächtigen Mitregenten wie dem von der Opposition dominierten Bundesrat auseinandersetzen muss (Deutschland). Dies hätte auch die Beantwortung der Frage – die im Vorwort von Wolfgang Merkel aufgeworfen wird – erleichtert, ob die einzigartigen dänischen Kontextbedingungen die ‚Exportchancen‘ des dänischen Modells v.a. nach Deutschland verhindern, bzw. welche ‚Nachahmungen‘ zu empfehlen seien.

Neben dieser methodischen Frage gibt es jedoch eine zentrale inhaltliche Feststellung, die Ausgangspunkt wissenschaftlicher Differenzen sein könnte. Ebenso wie Jacob Torfing und Robert Cox spricht der Autor von einem fundamentalen Paradigmenwechsel (128) in Dänemark, der sich in einer „utilitaristisch-marktorientierten Wende“ (138) weg vom passiven universalistischen Wohlfahrtsstaat hin zu einem „selektiven, neo-universalistischen und utilitaristischen Sozialaktivierungsstaat“ (292) manifestiere. Unabhängig davon, dass der Autor einige Adjektive weniger zur Bezeichnung hätte verwenden und sich auf das zentrale Element hätte beschränken können, lässt sich insgesamt in Zweifel ziehen, inwieweit ein Wohlfahrtsstaat gleichzeitig vorwiegend selektiv und universalistisch sein kann. Man kann ebenso gut vom Wechsel einer Form von aktiver Politik zu einer anderen Form – eben aktivierender – sprechen (wie dies der dänische Forscher Goul Andersen tut). Bei allen Unterschieden im Detail zwischen Dänemark und beispielsweise Schweden bleibt es zumindest fragwürdig, ob sich der dänische reformierte Wohlfahrtsstaat so grundlegend vom schwedischen unterscheidet, dass von einem eigenständigen Typ gesprochen werden kann (292).

Trotz dieser – in weiterer Forschung zu klärenden – Einschätzungen handelt es sich bei Martin Frenzels Buch um einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der europäischen Sozialdemokratien und besonders zum Schließen einer Wissenslücke über eine sozialdemokratische Partei im Schatten der großen schwedischen Schwester.

*Carsten Wieland: Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik: Bosnien, Indien, Pakistan (Campus Forschung, Band 814). Frankfurt a.M./New York: Campus 2000, 425 S., € 45,-.*

*Maurus Reinkowski*

Wollten Politikwissenschaftler den Zerfall Jugoslawiens und den Bosnien-Krieg in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verstehen, haben sie zum Beispiel zum Strukturvergleich mit dem Libanonkrieg 1975–1990 gegriffen. *Carsten Wieland* ist mit seiner vergleichenden Untersuchung zu der Loslösung Pakistans aus Indien und dem Zerfall Jugoslawiens und dem Entstehen des internationalen Protektorats Bosnien-Herzegowina einen neuen Weg gegangen.

Mit dem Untertitel „Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik“ will *Wieland* sagen, dass Ethnie sowohl eine abhängige (Ethnien werden durch politische Akteure konstruiert) als auch eine unabhängige Variable (ethnische Interessen prägen politisches Handeln) darstellen kann (18 f.). In einer längeren Einführung von rund einhundert Seiten manövriert *Wieland* geschickt durch das Begriffsdickicht von Ethnie, Nation, Nationalismus, Nationalstaat und die dazugehörige theoretische Literatur. Sein Weg allerdings, angesichts des politischen Missbrauchs und der terminologischen Verwirrung den Begriff Ethnie abzulehnen, ihn (zudem mit schwer verständlichen Erklärungen) aber als „Ethnie“ in Führungszeichen doch wieder einzuführen, kann nur eine Verlegenheitslösung sein (37).

Bosnien und Pakistan werden jeweils in über 15 thematischen Kapiteln und Portionen von fünf bis zehn Seiten abgehandelt, aber sind diese beiden Fälle wirklich so identisch? *Wieland* weist auf die augenfälligen Parallelen zwischen Pakistan und Bosnien hin, unter anderem einen nachhinkenden und defensiven Nationalismus gegenüber den vorauseilenden Nationalismen der Hindus bzw. der Serben und Kroaten oder den Import nationalistischen Gedankenguts durch England in Indien und durch Österreich-Ungarn in Bosnien. Die Unterschiede (z.B. 348, 362: „aktive“ Nationalstaatsbildung in Pakistan vs. „passive“ in Bosnien) fallen für ihn weniger ins Gewicht. Vieles

aber von dem, was Wieland als Eigenheiten von Bosnien und Pakistan begreift, gilt auch für andere Staaten, z.B. der Zwiespalt zwischen pan-islamischen Ambitionen und der Option des ‚Islams in einem Land‘ oder die zentrale Bedeutung von Religion als ‚Ethnizentrum‘. Wieland operiert im Falle Gesamtindiens, aus dem sich Pakistan herauslöste, mit einer klar bestimmten Betrachtungseinheit; im Falle Bosniens schwankt er jedoch ständig zwischen Jugoslawien, Bosnien-Herzegowina und Bosnien.

Wielands Darstellung ist ausgewogen, sie strahlt Empathie mit ihrem Gegenstand aus. Das Buch, in dem Berge von Sekundärliteratur verarbeitet sind, hinterlässt aber trotzdem einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits vermisst der Leser Ausblicke, wie auf die albanischen Muslime in Jugoslawien, andererseits ist der Rahmen der Arbeit vielleicht doch zu weit gespannt. Wäre es z.B. nicht produktiver gewesen, wenn sich Wieland auf einen Vergleich zwischen den beiden Führungsfiguren Jinnah und Izetbegović und ihre jeweiligen politischen Ideologien beschränkt hätte? Wieland bewegt sich zudem nicht immer auf sicherem Grund, als Beispiele: Der zweite Balkankrieg fand nicht erst nach dem Ersten Weltkrieg statt (189, 191); ein *fetwa* ist kein Urteil, sondern ein Rechtsgutachten (230). Merkwürdig sind mehrere Formulierungen, die nahe legen, das osmanische Herrschaftsgebiet habe sich bis nach Indien erstreckt (153f.).

Die journalistische Erfahrung des Autors wird in einem gut lesbaren, flüssigen, manchmal aber fast zu nachlässigen Stil sichtbar. Das Buch enthält zahlreiche Flüchtigkeitsfehler (siehe z.B. die Fehlerhäufung auf einer Seite (268): „angesichts der Aufruhr“; „Lapalien“; „Perverteure“; „im indischen Bosnien-Herzegowinaar“). In einer Monographie, die sich explizit mit Bosnien beschäftigt, sollten Sonderzeichen wie ć, č, đ, ž nicht einfach wegfallen.

Wieland glaubt nicht, dass ethno-nationale Konflikte durch Zugeständnisse an die Akteure und Konsensmodelle à la Lijphart aufgefangen werden können. Ethno-nationale Eigendynamik dürfe man gar nicht erst in Gang kommen lassen (369), trans-ethnische Alternativen müssten verfügbar gemacht werden (109). Der Ausblick ist pessimistisch: Pakistans krampfhaftes Festhalten am ausgedienten Ethnizentrum Religion und die nun tiefreichenden Spaltungslinien in Bosnien ließen die Chancen

für die Entwicklung einer bürgerlichen Zivilgesellschaft und stabilen demokratischen Kultur in beiden Staaten als gering erscheinen (337, 372).

Gerhard Simon (Hg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Köln: Böhlau Verlag 2002, 363 S., € 30,50.

Andreas Heinemann-Grüder

Im Unterschied zur Befassung mit dem Systemwechsel in Mittelosteuropa und Russland ist die Ukraine für die Transformationsforschung weitgehend eine terra incognita geblieben. Allein, in zwei Jahren wird die Ukraine die Außengrenze der EU markieren und damit notwendig auf deren politische Tagesordnung treten. Je weiter man sich unter den vormals sozialistischen Staaten freilich nach Osten bewegt, umso ausgeprägter findet man einen Typus illiberaler, oligarchischer Regime, der mit den Begriffen „defekte“, „instrumentelle“ oder „delegierte“ Demokratie nur unzulänglich umschrieben ist. Die Ukraine, ein Staat von der Größe Frankreichs, gehört dazu. Gemeinsame Merkmale dieser illiberalen Regime sind autoritärer Präsidentialismus, plebiszitäre und populistische Herrschaftslegitimation, Gewaltfusion im Präsidialamt statt Gewaltenteilung, Zentralismus, die Machtfusion von Wirtschafts-oligarchen und präsidialer Exekutive und ein schwaches, zugleich jedoch von Wirtschaftsinteressen (keineswegs den Linken oder Kommunisten) dominiertes Parlament. Darüber hinaus sind diese Regime charakterisiert durch ein unstrukturiertes und fluides Parteiensystem, korporativen Konsens anstelle von Interessenpluralismus, Klientelismus, exekutive Medienkontrolle und eine passive, apathische Bürgergesellschaft. Schließlich kennzeichnet sie die hohe Kontinuität ehemals kommunistischer Eliten, eine intolerante, intellektuellenfeindliche politische Kultur und eine diffuse „zentristische“ Ideologie anstelle von Nationalismus, Kommunismus oder Marktliberalismus. Obschon Gerhard Simon in der Einleitung zu „Die neue Ukraine“ offen lässt, ob die Ukraine sich verwestlicht oder sich ein autoritäres Regime durchsetzt, ist von der relativen